

HEUTE

Der Mann, der Gott verklagte

US-Politiker Ernie Chambers stellt Gott vor Gericht – wegen Terroranschlägen in der Bibel. Er will mit dieser Anzeige die absurden Seiten des amerikanischen Rechtssystems aufzeigen. **Seite 3**

Streit über Pflegeurlaub

Der von Gesundheitsministerin Schmidt (SPD) geplante Pflegeurlaub von zehn Tagen mit Entgelt ist weiter umstritten. Aus der Union kam nun ein Vorstoß für drei unbezahlte Pflege-Tage. **Seite 6**

Stoiber: Ich gehe ohne Groll

Bei der CSU-Herbstklausur zeigte sich der scheidende Ministerpräsident Edmund Stoiber versöhnlich: Er gehe ohne Groll. Erstmals ließ er eine Präferenz für Huber als neuen Parteichef erkennen. **Bayern**

VfB Stuttgart unterliegt 1:2

Der VfB Stuttgart musste sich gestern Abend 1:2 bei den Glasgow Rangers geschlagen geben. Damit macht der deutsche Meister den Fehlstart der Bundesliga in der Champions League perfekt. **Sport**

Rätselhafter Meteorit

Nach einem Meteoriten-Einschlag klagen Bewohner einer Hochebene in Peru über Atembeschwerden und Übelkeit. Dies könnte von Gasen aus dem Erdreich oder Siliziumdämpfen herrühren. **Journal**

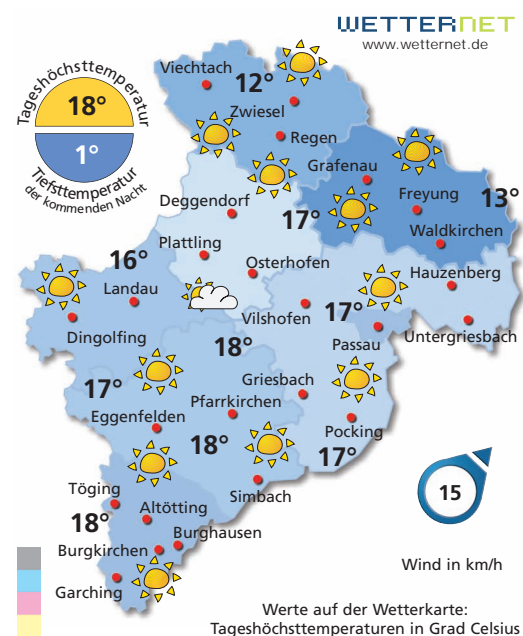
Lotto: 6 - 14 - 28 - 32 - 34 - 40

Zusatzzahl: 18 Superzahl: 0
Spiel 77: 4201031
Super 6: 423473 (Ohne Gewähr)

Entlassungen bei Hiendl?

Dicke Luft bei Möbel Hiendl: Betriebsrat und Gewerkschaft beklagen Entlassungen, die Geschäftsleitung dementiert. **Seite 29**

Heimatsport **Seite 12**
Familienanzeigen **Seite 17**
Kino **Seite 15**



Jung beharrt auf Abschuss-Plänen

Verteidigungsminister: Verfassungsänderung für Terrorabwehr notwendig – Grüne und Linke fordern Rücktritt

Berlin (AP/dpa/ah). Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat seine Forderung nach einer Grundgesetzänderung bekräftigt, um die Bundeswehr etwa zum Abschuss eines von Terroristen entführten Flugzeuges einsetzen zu können. In einer von der FDP beantragten Aktuellen

Stunde des Bundestags sagte er gestern, Soldaten müssten sich darauf verlassen können, dass sie Befehle unter Berücksichtigung ethischer Grundsätze und der Gesetze ausführten. Sie dürften nicht allein gelassen werden. Jung sagte, nichts stelle den Rechtsstaat mehr in Frage, als wenn er wehrlos sei.

Nachdem Vizkanzler Franz Müntefering (SPD) Jung in der PNP das Überschreiten einer „Demarkationslinie“ vorgeworfen hatte, ging die SPD gestern weiter auf Distanz zum Verteidigungsminister. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries betonte zwar im PNP-Interview, sie wolle im Falle eines Terror-

angriffs aus der Luft den Abschuss eines unbemannten oder nur mit Terroristen besetzten Flugzeugs durch die Bundeswehr ermöglichen. Jung geht es allerdings vor allem um den Abschuss von mit Passagieren besetzten Flugzeugen.

Grüne und Linke forderten erneut den Rücktritt des Vertei-

digungsministers. Die FDP kündigte einen Antrag zur Missbilligung von Jungs Äußerungen durch den Bundestag an. Die Union verteidigte ihren Minister und mahnte, der Staat müsse die Menschen vor Terror schützen. Die Tragik sei, dass in jedem Fall Menschen sterben würden. **(Standpunkt/S. 2 u. 4)**

Mindestlohn für Briefträger auf dem Weg

Berlin (ddp). Der geplante Mindestlohn im Postsektor hat eine wichtige Hürde genommen. Das Bundeskabinett gab gestern grünes Licht für die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Entsendegesetz. Die Deutsche Post und die Gewerkschaft Ver.di begrüßten den Beschluss. Den zwischen beiden geschlossenen Tarifvertrag zum Mindestlohn halten die Konkurrenten der Deutschen Post aber für unvereinbar mit dem Entsendegesetz.

Im Kabinett gab es nach Angaben von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) keine Gegenstimmen. Zuvor war der Gesetzentwurf noch geändert worden. Paket- und Kurierdienste sowie Zeitungszusteller werden nicht mehr erfasst. Müntefering verwies aber darauf, dass sich der Antrag der Tarifparteien zur Allgemeinverbindlichkeit des Mindestlohnes ohnehin nur auf die Briefdienste bezogen habe.

Private Postdienstleister halten eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Mindestlohns für nicht möglich, weil dazu der zugrundeliegende Tarifvertrag für 50 Prozent der in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer gelten müsse. Dies sei, anders als von Müntefering behauptet, nicht der Fall. **(Kommentar Seite 2/Seite 6)**



Ein Postbote fährt mit seinem Fahrrad Briefe aus. Das Kabinett hat gestern die Einführung eines Mindestlohns im Postgewerbe beschlossen. Die Konkurrenten der Deutschen Post, die von dem Gesetz am meisten betroffen wären, wehren sich jedoch noch gegen die geplante Regelung. (Foto: dpa)

EU: Energiekonzerne sollen Kontrolle über Netze abgeben

Brüssel (AP). Die EU-Kommission will den Energiekonzernen die Kontrolle über ihre Netze entreißen. Sie schlug ein Gesetzespaket vor, in dem eine eigentumsrechtliche Entflechtung vorgesehen ist, um auf diese Weise mehr Wettbewerb und damit günstigere Energiepreise

zu ermöglichen. Demnach sollen Unternehmen, die Kraftwerke und Fernleitungsnetze besitzen, letztere entweder verkaufen oder sich per Aktiensplit von ihnen trennen. Bundesregierung und deutsche Energiekonzerne reagierten mit Kritik. **(Kommentar S.2/Wirtschaft)**

US-Leitzinssenkung sorgt für Kursfeuerwerk an Börsen

Frankfurt (dpa). Nach wochenlanger Krisenstimmung an den Finanzmärkten hat die deutliche Leitzinssenkung in den USA weltweit für Entspannung gesorgt. Die Börsen in den USA, Japan und Deutschland quittierten die Entscheidung mit deutlichen Zuwächsen. Die

Zinssenkung sorgte zugleich für Wirbel an den Rohstoffmärkten und trieb den US-Ölpreis auf einen Rekord von mehr als 82 Dollar. Auch der Diesel-Preis hat laut ADAC mit im Schnitt 1,195 Euro je Liter einen neuen Höchststand erreicht. **(Wirtschaft)**

STANDPUNKT

Horrorszenario

Von Ernst Fuchs

Der 11. 9. 2001 hat die Welt vieler Sicherheiten beraubt. Z. B. weiß niemand gewiss, welche Strategie die richtige ist im Kampf gegen den globalen islamistischen Terror. In Deutschland verschanzen sich Gegner und Befürworter eines möglichst scharfen Kurses zunehmend in ihren Schützengräben. Schäuble wird als Angstmacher gescholten, Jung als Verfassungsfeind gebrandmarkt, weil er unter Berufung auf einen übergesetzlichen Notstand den Befehl zum Abschuss eines entführten Passagierflugzeuges erteilen würde, bevor Terroristen es in ein ausverkauftes Fußballstadion lenken können. Karlsruhe hatte ein entsprechendes, noch von der rot-grünen Vorgängerregierung verabschiedetes Gesetz 2006 für verfassungswidrig erklärt, weil man nicht Leben gegen Leben abwägen dürfe. Im Trommelfeuer gegenseitiger Vorwürfe geht leider jede Sachlichkeit verloren. Das Problem aber bleibt.

Einerseits: Niemand möchte in die Lage geraten, über Schonung oder Abschuss eines zivilen, als Bombe missbrauchten Flugzeuges entscheiden zu sollen oder zu müssen. Andererseits: Haben die Terroristen durch Absturz auf ein vollbesetztes Stadion oder ein Atomkraftwerk eine Katastrophe angerichtet, die per Abschuss verhinderbar gewesen wäre, kann kein Befehlshaber auf Verständnis hoffen, auch wenn er sich im Einklang mit der Verfassung hinter noch so vielen höchstrichterlichen Urteilen zu verstecken vermag. Ein solches Horrorszenerario bleibt Deutschland hoffentlich erspart. Trotzdem kann es schon morgen böse Wirklichkeit werden. Dann wäre es durchaus sinnvoll, wenn es per Grundgesetzänderung einen verfassungsrechtlichen Rahmen gäbe für etwaige Abwehr-Handlungen. Sich auf den Standpunkt zu stellen, dass es Bedrohungen und Eventualitäten gibt, die sich vorher einfach nicht regeln lassen und schon gar nicht gesetzlich, kann allenfalls die zweitbeste Lösung sein.

Pauli will Ehen auf sieben Jahre befristen

München (ddp/dpa). Die Außenseiter-Kandidatin für den CSU-Vorsitz, Gabriele Pauli, will Ehen auf etwa sieben Jahre befristen. Diesen ungewöhnlichen Vorstoß enthält das Wahlprogramm der Fürther Landrätin, das sie gestern in München vorstellte. Durch Ehen auf Zeit könnten zudem Scheidungskosten gespart werden.

Ehepartner sollten nach einem bestimmten Zeitraum zu einer Verlängerung ihres Bundes aktiv Ja sagen, meinte Pauli. „Es kann also auch lebenslange Ehen geben.“ Eine Sieben-Jahre-Frist sei denkbar, weil Ehen nach dieser Zeit oft in die Krise gerieten. Die geschiedene Pauli warf der Politik insgesamt

vor, „immer von diesem superintakten Bild der Ehe auszugehen“.

Die Landrätin sagte, die Ehe sei nicht dazu da, Sicherheit zu bieten, sondern die Liebe zweier Menschen zu dokumentieren. Wenn die CSU die Ehe zu ihrem Leitbild erkläre, sei das die falsche Sicht. Vielmehr sei jede Art des Zusammenlebens richtig, wenn die Menschen jeweils mit sich im Einklang seien. Da müsse der Staat nichts regeln oder subventionieren, sondern sich um die Kinder kümmern, die aus der Partnerschaft hervorgingen.

Daraus leitet sich für Pauli die Forderung nach einer Umwandlung des Ehegatt-



Gabriele Pauli hat mit ihrer Forderung nach einer befristeten Ehe für Kopschütteln gesorgt. Die Kandidatin für den CSU-Vorsitz argumentiert unter anderem, auf diese Weise könne man Scheidungskosten vermeiden. (Foto: ddp)

tenssplittings in ein Familiensplitting ab. Auch gegen das von der CSU geforderte Betreuungsgeld sprach sie sich klar aus.

Pauli betonte, mit ihrer Kandidatur wolle sie ein Signal geben, dass Politik glaubwürdiger und ernster werden solle. Die Bürger merkten, dass für viele Politiker ihre Macht über den Inhalten stehe. Die Landrätin verlangte, die CSU müsse sich „umstrukturieren“ und neue Impulse bekommen.

In der CSU löste Paulis Forderung nach einer befristeten Ehe Kopschütteln aus. Der scheidende bayerische Ministerpräsident Stoiber empfahl der Landrätin einen Austritt aus der CSU. **(Bericht/Kommentar Bayern)**

ANZEIGE

Verkaufs-offener Sonntag!
Ab 11 Uhr geöffnet.
Von 12-17 Uhr Beratung und Verkauf!

weko
Fühlen Sie sich wie zu Hause.

Am 23. 09. in Pfarrkirchen

Rosenheim
Am Gärtenbach 1 • 83025 Rosenheim
Öffnungszeiten: Di-So 9:30-19:00 Uhr
Telefon: 08033/1900-0
Mo-Fr 9:30-20 • Sa 9-18 Uhr
www.weko.com • e-mail: info@weko.com

Pfarrkirchen
Südfeldstraße 1 • 84347 Pfarrkirchen
Öffnungszeiten: Di-So 9:30-19:00 Uhr
Telefon: 08561/900-0
Mo-Fr 9:30-19 • Sa 9-18 Uhr
www.weko.com • e-mail: info@weko.com